

■ **Seite 2: Zwei Jahrzehnte Widerstand.** 1998 begann die Revolution in Venezuela ■ **Seite 3: Kubas Triumph.** Havanna half entscheidend bei der Befreiung des südlichen Afrika ■ **Seite 4: Der Kampf geht weiter.** Vor 60 Jahren wurde der Diktator Batista gestürzt ■ **Seite 6: Nichts bezahlen.** Gespräch über Universitäten in Kuba
■ **Seite 8: O-Ton.** Fidel Castro über Nelson Mandela



Freunde und Genossen: Nelson Mandela und Fidel Castro bei der Großkundgebung zum Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne 1953 am 26. Juli 1991 in Havanna

PICTURE ALLIANCE / PHOTOSHOT

Mit Kuba für die Freiheit

Am 18. Juli wäre Nelson Mandela 100 Jahre alt geworden. Er wusste, welche Rolle sein Freund Fidel Castro im Kampf gegen die Apartheid spielte. **Von André Scheer**

Am 18. Juli wäre Nelson Mandela 100 Jahre alt geworden. Dieses Datum ist weltweit ein Anlass für Ehrungen und Gedenkveranstaltungen. In unzähligen Ansprachen und Kommentaren wird an den zum Nationalhelden Südafrikas gewordenen Freiheitskämpfer erinnert, dessen Name untrennbar mit dem Sieg über das rassistische Apartheidsystem in seinem Heimatland verbunden ist.

Es ist jedoch selten der »ganze Mandela«, der aus diesem Anlass gefeiert wird. Oftmals wird versucht, Mandela darauf zu reduzieren, dass er nach seiner Freilassung aus der 27jährigen Gefängnishaft für Versöhnung eingetreten ist und Rachegeleuten eine Absage erteilte. Andere Details, die nicht in das von vielen Medien gezeichnete Bild des gütigen, milden Großvaters passen, werden gerne unterschlagen. So erinnern nur wenige daran, dass Mandela den USA noch bis 2008 als Terrorist galt. Erst dann, kurz vor sei-

nem 90. Geburtstag, wurde sein Name von Washington aus der Liste »terrorverdächtiger Personen« gestrichen. Mit ihm waren seit den 1980er Jahren alle anderen führenden Mitglieder der Befreiungsbewegung und späteren Regierungspartei African National Congress (ANC) in dieser Liste aufgeführt gewesen. Erst der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice wurde es nach eigenem Bekunden »peinlich«, dass sie dem Friedensnobelpreisträger bei Besuchen in den Vereinigten Staaten jedesmal eine Sondergenehmigung für die Einreise ausstellen musste.

Ein weiterer Aspekt passt dem Boulevard hierzulande ebenfalls nicht in den Kram. »Der große amerikanische Freund Mandelas war Fidel Castro«, titelte die spanische Tageszeitung *El País* nach dem Tod des südafrikanischen Expräsidenten 2013. Die *Washington Post* bezeichnete Fidel Castro 2016 als »Helden Afrikas«. Und im britischen *Guardian* schrieb der südafrikanische

Akademiker Sean Jacobs am 30. November 2016: »Wenn Afrika ein Land ist, dann ist Fidel Castro unser Nationalheld.« Man möge zwar bestimmte Fehler der Kubanischen Revolution kritisieren, »aber die Geschichte hat Castro freigesprochen, wenn es um Kubas Außenpolitik und insbesondere um seine Afrika-Politik geht«.

Nelson Mandela und Fidel Castro verband eine enge Freundschaft. Das war nicht überraschend, denn während die USA und Westeuropa einschließlich der Bundesrepublik Deutschland gemeinsame Sache mit den Rassisten in Pretoria machten, stand Kuba an der Seite der Freiheitsbewegung – nicht nur mit politischer und materieller Solidarität, sondern auch mit Waffen und Soldaten. Kuba leistete einen entscheidenden Beitrag zur Verteidigung Angolas gegen die südafrikanische Aggression, für die Befreiung und Unabhängigkeit Namibias und letztlich auch zum Sturz des Apartheidregimes in Südafrika.

Daran ist zu erinnern – an Mandelas 100. Geburtstag und an dem am 1. Januar bevorstehenden 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution. Das tun wir in diesem jW-Spezial unter anderem mit einem ausführlichen Beitrag von Volker Hermsdorf und einem Gespräch mit dem Direktor der Universität Havanna, Dr. Gustavo José Cobreiro. Zudem erinnert Wolfgang Mix an das Engagement Kubas in Afrika, während sich Modaira Rubio mit der Bolivarischen Revolution in Venezuela befasst, deren Beginn sich im Dezember zum 20. Mal jährt – und die ohne die Solidarität Kubas vermutlich nicht bis heute hätte verteidigt werden können. Schließlich kommt Fidel Castro selbst zu Wort, mit seinem Glückwunschschreiben zu Nelson Mandels 90. Geburtstag am 18. Juli 2008 sowie mit Auszügen aus seiner »Reflexion«, die er im Dezember 2013 aus Anlass des Todes seines südafrikanischen Freundes veröffentlichte.

Zwei Jahrzehnte Widerstand

Vor 20 Jahren begann in Venezuela die Bolivarische Revolution. Sie konnte bis heute verteidigt werden. **Von Modaira Rubio, Caracas**

Schreibwettbewerb zur Erinnerung an Hugo Chávez: Caracas am 14. Dezember 2014

Am 6. Dezember 1998 wurde Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas gewählt. Sein Sieg war ein Erfolg nach Jahren des Widerstandes gegen die neoliberale Politik der bisherigen Machthaber. Das Regime, bei dem sich die Sozialdemokraten der Acción Democrática (AD) und die Christsozialen der Copei jahrzehntelang an der Regierung abgewechselt hatten, setzte allein auf ein rentenbasiertes Modell des Kapitalismus, nur auf den Export des Erdöls. Industrielle Produktion und Landwirtschaft wurden vernachlässigt. Davon profitierte nur eine Minderheit: Nach Angaben des Nationalen Instituts für Statistik (INE) lebten im ersten Halbjahr 1998 70 Prozent der Venezolaner in Armut oder extremer Armut.

»Demokratisches Modell«

Venezuela galt im Ausland als »demokratisches Modell« und »prosperierende Demokratie«. Tatsächlich jedoch wurden die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung und ihre Organisationen von den regierenden Kräften unterwandert und geschwächt. Wer sich nicht anpassen wollte, bekam offene oder verdeckte Verfolgung und Repression zu spüren, die sich vor allem gegen die führenden Kräfte der Linken richteten. Das ging lange gut, doch 1989 explodierte die Wut der Bevölkerung über Sozialabbau und Privatisierungen. Im Februar des Jahres kam es zunächst in der Hauptstadt Caracas und dann landesweit zu einem spontanen Volksaufstand, der als »Caracazo« in die Geschichte einging. Der Protest, der sich an drastisch gestiegenen Fahrpreisen für die Busverbindungen entzündet hatte, wurde blutig niedergeschlagen, bis zu 3.000 Menschen wurden getötet. 1992 folgten zwei Militärrevolten gegen die Regierung, von denen die erste am 4. Februar direkt vom damaligen Oberstleutnant Hugo Chávez befehligt wurde. Dessen Aufstand scheiterte, doch sechs Jahre später fand sein Programm des Aufbaus einer neuen Gesellschaft auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit, seine auf den Nationalhelden Simón Bolívar zurückgehende Politikkonzeption und seine Vorstellung einer Einheit von Militär und Zivilbevölkerung die mehrheitliche Unterstützung an den Urnen.

Noch am Tag seiner Amtseinführung, am 2. Februar 1999, rief Chávez zur Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung auf. Die gesamte Bevölkerung beteiligte sich an den intensiven Debatten über das neue Grundgesetz. Es entstand eine Verfassung, in der Wohnraum, Gesundheitsversorgung sowie kostenfreie und obligatorische Schulbildung als Menschenrechte festgeschrieben, Arbeitszeitverkürzungen zum Staatsziel erhoben, Großgrundbesitz zu einer Gefahr erklärt und das Wirken von Hausfrauen als wertschöpfende Tätigkeit an-



CARLOS GARCIA PAVLINUS/REUTERS

erkannt wurde, aus der sich Ansprüche an die Sozialversicherung ergeben. Vor allem aber wurde jede Privatisierung des Erdöls ausdrücklich verboten. Das machte Venezuela, das über die weltweit größten Reserven des »schwarzen Golds« verfügt, zu einer Bedrohung für die Großmächte, insbesondere für den US-Imperialismus.

Die Bolivarische Revolution wurde von ihrem ersten Tag an bekämpft. Mit dem Rückhalt Washingtons putschte am 11. April 2002 das Oberkommando des Militärs gegen die demokratisch gewählte Regierung, und im Präsidentenpalast Miraflores wurde der Chef des Unternehmerverbandes Fedecámaras, Pedro Carmona, zum neuen Staatschef ernannt. Er blieb es für weniger als 24 Stunden, denn der Putsch wurde durch einen Volksaufstand und das Eingreifen der verfassungstreuen Soldaten zerschlagen. Es war eine in Lateinamerika bis dahin nie gesehene Demonstration der Kraft eines Volkes.

Im ersten Jahrzehnt ihres Wirkens konnte die Bolivarische Revolution trotz der ständigen Angriffe der verschiedenen Administrationen im Weißen Haus die Armut von 49 auf 27,4 Prozent zurückdrängen, die extreme Armut sank von 21 auf 7,3 Prozent. Durch die »Missionen« genannten Sozialprogramme konnten die Einnahmen aus dem Erdöl an die ärmsten Bevölkerungsschichten umverteilt werden, um damit eine Schuld der herrschenden Klassen zu begleichen. Mit Unterstützung Kubas wurden Bildungs- und Gesundheitsprogramme aufgebaut, Millionen neue Wohnungen entstanden. Die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung war offensichtlich und stärkte die Entwicklung der Basisorganisationen von Arbeitern und Bauern in Venezuela. Heute zeigen sie sich in vielerlei Formen, als Kommunen, Gewerkschaften, Kommunale Räte oder Colectivos. In diesen ersten zehn Jahren seiner Amtszeit entwickelte Chávez den bolivariischen Prozess zudem in eine antiimperialistische und sozialistische Richtung weiter.

2011 wurde bei Hugo Chávez Krebs diagnostiziert. Er unterzog sich einer harten, komplizierten Therapie, führte jedoch gleichzeitig Wahlkampf. 2012 wurde er mit 55 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Doch am 5. März 2013 verlor der Präsident den Kampf gegen die Krankheit. Schon im Dezember hatte er seinen Vizepräsi-

dent Nicolás Maduro für diesen Fall als Nachfolger vorgeschlagen, und im April 2013 wurde dieser zum neuen Staatschef gewählt. Doch Maduro startete geschwächt in sein neues Amt: Die Wahl war von einer geringen Beteiligung geprägt, und der Abstand zum Oppositionskandidaten Henrique Capriles Radonski betrug nur 200.000 Stimmen.

Zum Verlust der großen Integrations- und Führungsfigur Chávez kamen der Zusammenbruch der Erdölpreise und die Verschärfung der strukturellen Krise des Kapitalismus. Das Modell des venezolanischen Rentensystems, das zu Zeiten hoher Einnahmen aus den Ölexporten die Entwicklung der Sozialprogramme ermöglicht hatte, implodierte. Die Regierung zeigte sich nicht in der Lage, darauf eine schnell wirksame Antwort zu finden.

Washington nutzte die Krise aus, um den Druck auf Caracas zu erhöhen. 2015 unterzeichnete US-Präsident Barack Obama ein Dekret, das Venezuela zu einer »außergewöhnlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten« erklärte. Im Dezember desselben Jahres erlitt der Chavismus seine bislang schwerste Niederlage, als die Opposition die Parlamentswahlen klar gewinnen konnte. Für die Revolution begann der Kampf ums Überleben.

Zerrüttete Wirtschaft

Der Zusammenbruch des Wirtschaftsmodells sowie die von den USA, der Europäischen Union und deren Verbündeten in der Region verhängten Sanktionen und Finanzblockade zerrütteten die Ökonomie des südamerikanischen Landes und provozierten eine weltweit einmalige galoppierende Hyperinflation. Zugleich deckte die Krise schonungslos die in den zwei Jahrzehnten des bolivariischen Prozesses gemachten Fehler auf, wozu auch die nach wie vor grassierende Korruption und Ineffizienz von Staat und Verwaltung gehören, für die Verantwortliche selten zur Rechenschaft gezogen werden. Der Verlust des Comandante Chávez führte zudem zu Spaltungen und Spannungen innerhalb der von ihm gegründeten Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) und der mit ihr verbündeten Kräfte, aber auch in bestimmten Teilen der Streitkräfte.

Unter diesen Bedingungen haben die Gegner des bolivariischen Prozesses innerhalb und außerhalb Venezuelas einen »Krieg niedriger Intensität« entfesselt, dessen Ziel der Sturz der Regierung um jeden Preis ist. Ein Beispiel dafür waren die vor allem 2014 und 2017 von der rechten Opposition organisierten gewaltsamen Straßenproteste, die insgesamt rund 200 Menschenleben forderten. Hinzu kamen seit 2015 mehrere punktuelle Militärrevolten sowie offenbar rechtzeitig aufgedeckte Putschvorbereitungen.

Trotzdem konnte sich die Regierung von Präsident Maduro bislang halten. Zwar leidet die Bevölkerung unter der ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen, doch auch der rechten Opposition wird nicht zugetraut, eine sozial gerechte Lösung der Probleme anbieten zu können. Für Millionen Menschen in Venezuela und auch in anderen Ländern Lateinamerikas bleibt der Chavismus die Verkörperung der Hoffnung auf eine andere Gesellschaft, in der die Interessen der Bevölkerungsmehrheit Vorrang gegenüber den Profitansprüchen der mächtigen Konzerne haben. Und die Menschen wollen, dass ihr Land selbstbestimmt und ohne Einmischung von außen über seinen Weg entscheiden kann. Das zeigte sich auch am 20. Mai, als Maduro mit 67 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt wurde. Die Unzufriedenheit manifestierte sich weniger in den für seine Gegenkandidaten abgegebenen Stimmen, sondern vor allem in der geringen Wahlbeteiligung von nur 46 Prozent. Eine Mehrheit der Bevölkerung will offenkundig keine Rückkehr zu alten Verhältnissen, sondern eine Radikalisierung und Vertiefung der Maßnahmen, die dazu notwendig sind, das kapitalistische Wirtschaftsmodell ein für alle Mal zu überwinden.

Weiterlesen auf www.jungewelt.de

Hasta Siempre

Che Guevara: Revolutionäres Beispiel, Ikone des Protestes

www.jungewelt.de/hasta-siempre

Dossier

Modaira Rubio ist Venezuela-Korrespondentin der jungen Welt

Unser Amerika erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: André Scheer (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Daniel Hager, Gestaltung: Michael Sommer.

ANZEIGE

SOLI CUBA e.V.

Soli Cuba konnte im letzten Jahr mit Hilfe des BMZ dem Kinderkrankenhaus »Eduardo Agramonte Piña« in Camagüey eine solarbetriebene Wasseraufbereitungsanlage zur Verfügung stellen.

Vor Ort konnte Soli Cuba sich davon überzeugen, dass die Anlage sauberes Trinkwasser für das gesamte Krankenhauspersonal, die Patient*innen und Besucher*innen produziert. Damit die kubanische Bevölkerung möglichst lange mit Trinkwasser versorgt werden kann, kümmern wir uns heute schon um die nötigen Maßnahmen und Ersatzteile.

Über Eure Spenden zum Erhalt der Wasseraufbereitungsanlage freuen wir uns daher sehr!

Unser Spendenkonto bei der Kreissparkasse Düsseldorf
IBAN: DE61 3015 0200 0001 0860 08 • BIC: WELADED1KSD
Verwendungszweck: Kinderkrankenhaus Camagüey
Unsere Homepage: www.soli-cuba.net

Kubas Triumph in Afrika

1988 machte der Sieg in Cuito Cuanavale den Weg frei für die Unabhängigkeit Namibias und ein Ende der Aggression gegen Angola. **Von Wolfgang Mix**

Vor 30 Jahren brachte Kuba seine Mission in Angola zu einem siegreichen Ende. 1975 war die revolutionäre Regierung in Havanna auf deren Bitte hin der marxistischen »Volksbewegung zur Befreiung Angolas« (MPLA) zu Hilfe gekommen. Kubanische Freiwilligenverbände, die in Nacht- und Nebelaktionen über 11.000 Kilometer weit in das kurz vor der Unabhängigkeit von Portugal stehende Angola eingeflogen worden waren, fügten der von Zaires Diktator Mobutu gestützten »prowestlichen« FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) eine vernichtende Niederlage zu. Anschließend warfen sie südafrikanische Invasionstruppen zurück, die im Konsens mit Washington aus dem besetzten Namibia auf Angolas Hauptstadt Luanda zu marschiert waren.

Der damalige kubanische Präsident Fidel Castro begründeten diesen Kampf gegen das südafrikanische Rassistenregime damit, dass man »eine fundamentale internationalistische Pflicht« erfülle. Die Bedrohung Kubas durch die USA verlangte nach Gegenwehr, und die Unterstützung revolutionärer Kräfte war eine solche, denn sie brachte neue Freunde und beschäftigte den Feind. Erste Kontakte mit der MPLA hatte bereits Ernesto Che Guevara 1964 auf seiner Reise durch Afrika geknüpft.

Kein Stellvertreter

Kuba setzte von Anfang an auf militärische Überlegenheit, um dem Gegner keine Chance zu lassen. Die Anzahl seiner Internationalisten in Angola stieg bis Ende 1976 auf 36.000 an. Für den weiteren Verlauf von entscheidender Bedeutung war aber auch die Unterstützung durch die Sowjetunion. Im Westen hielt sich lange die Vorstellung, dass Kuba in Angola als Stellvertreter und im Auftrag Moskaus handelte. Tatsächlich verfolgte Kuba seine eigene Politik, und die sowjetische Führung wurde vom Eingreifen Havannas überrascht. Das stellte das Verhältnis zwischen den Verbündeten auf die Probe.

Die kubanischen Soldaten beschränkten sich jahrelang eher defensiv darauf, eine erneute Invasion Angolas durch Südafrika zu verhindern und den zivilen Aufbau zu unterstützen. Doch die Aggressoren blieben eine ständige Bedrohung. Kuba war deshalb auf Waffenlieferungen aus der Sowjetunion angewiesen. Moderne Kampfflugzeuge wollte die UdSSR jedoch nicht liefern, da Moskau befürchtete, dass Kuba den Konflikt auf Namibia ausweiten und die Rassisten in ihrem Aufmarschgebiet angreifen könnte. Dies hätte sich negativ auf die laufenden Abrüstungsverhandlungen mit den USA ausgewirkt.

Nach der Niederlage der FNLA wurde die UNITA zum verlängerten Arm der USA und Südafrikas in Angola. Von dem brutalen Warlord Jonas Savimbi angeführt, erhielt sie enorme Finanz- und Waffenhilfe aus Washington und hatte ihr Rückzugsgebiet im unzugänglichen Südosten Angolas nahe der namibischen Grenze, wo ihr die südafrikanische Armee den Rücken stärkte. Sie agierte in weiten Teilen Angolas mit Anschlägen und Guerillaaktionen. Doch der eigentliche Feind war für die Kubaner der südafrikanische Apartheidstaat, der seine innere Schwäche, die sich in wachsendem Widerstand der schwarzen Bevölkerungsmehrheit manifestierte, durch außenpolitisches Abenteuerlust zu kompensieren suchte. Die herrschende weiße Minderheit strebte eine Vormachtstellung im südlichen Teil des Kontinents an, um damit die fak-



DPA-BILDARCHIV

tische Annexion Namibias und ihr System der Rassentrennung abzusichern.

Sowjetische Berater, die in Angola zunehmend Einfluss ausübten, hofften, dass der Konflikt innerangolanisch gelöst werden könnte. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre drängten sie die Regierung in Luanda wiederholt zu Offensiven, um den Südosten zu erobern und die UNITA auszuschalten. Kuba verwies auf die Schwierigkeiten dieser Strategie, wollte seine Internationalisten keinen sinnlosen Risiken aussetzen und verweigerte die Beteiligung.

Notfalls im Alleingang

Tatsächlich scheiterten diese Feldzüge unter südafrikanischen Gegenschlägen. So eskalierten die Differenzen über die richtige Strategie. Ende 1987 mussten sich angolische Truppen nach schweren Verlusten in den kleinen Ort Cuito Cuanavale zurückziehen und wurden dort von etwa 6.000 Mann starken südafrikanischen Streitkräften gestellt. Das Ziel der Rassisten war die Vernichtung dieser Kerntuppen und die Eroberung des Ortes, was den Weg nach Norden freigemacht hätte. In dieser Lage wurde in Kuba der Entschluss gefasst, das Problem notfalls auch im Alleingang zu lösen. Dazu gehörte, auch die Unabhängigkeit Namibias durchzusetzen, die den Südafrikanern den Zugang zu Angola nehmen würde, sowie die Schwächung der Apartheid selbst. Erneut wurde die UdSSR vor vollendete Tatsachen gestellt: Kuba mobilisierte weitere 25.000 Freiwillige nach Angola, zusammen mit den besten Waffensystemen, Piloten und Kampfflugzeugen. Mit deren Abzug von der Insel gefährdete Kuba seine eigene Landesverteidigung. In Cuito Cuanavale griffen bis zu 2.000 Kubaner ein, hielten die Stellungen und schlugen in über mehrere Monate anhaltenden Kämpfen die Invasoren zurück. Der Sieg in dieser größten Schlacht auf dem afrikanischen Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg sei den Kubanern zu verdanken gewesen,

betonten auch ehemalige sowjetische Militärs, die nur in kleiner Zahl als Berater, Techniker und Übersetzer vor Ort waren, in ihren Erinnerungen.

Kuba setzte auf diese Weise eine Strategie um, die Raúl Castro bereits zwei Jahre zuvor formuliert hatte: »Als erster Schritt werden wir im geeigneten Moment gegen die südafrikanischen Truppen im Süden Angolas losschlagen, ohne die Grenze nach Namibia zu überschreiten. Ob wir dann die Grenze überschreiten, wird von vielen Faktoren abhängen.« Nach dem Sieg in Cuito Cuanavale rückte eine Streitmacht von 60.000 Kämpfern, zur Hälfte Kubaner, im Südwesten vor. Größter Trumpf dabei war die erlangte Luftüberlegenheit. Durch die Konstruktion zweier Flugfelder nahe der namibischen Grenze konnten die Maschinen aufgetankt werden und wurden dadurch in die Lage versetzt, die hinter der Grenze gelegenen Militäreinrichtungen der Aggressoren anzugreifen. Von Südafrika rund 800 Kilometer entfernt, waren diese vom Rassistenregime kaum zu verteidigen. Pretoria hatte dem Vorrücken der Internationalisten wenig entgegenzusetzen und befürchtete, dass ein offener Krieg mit Kuba über Namibia desaströse Folgen haben könne. »Wir müssen alles tun, eine Konfrontation abzuwenden«, hieß es in internen Unterlagen der südafrikanischen Streitkräfte. Bei den bereits seit Jahren laufenden Verhandlungen um die Zukunft Angolas und Namibias ging es für sie nur noch darum, das Gesicht zu wahren.

Auf kubanischer Seite führte Jorge Risquet die Gespräche geschickt. »Wir erleben eine bemerkenswerte taktische Finesse und kreative Schachzüge am Verhandlungstisch. Und das vor dem Hintergrund von Castros großen Tönen und der noch nie dagewesenen Machtdemonstration seiner Armee am Boden«, kabela der frustrierte US-Verhandlungsleiter Chester Crocker nach Washington. Am 22. Dezember 1988 wurde das Abkommen unterzeichnet. Es sah freie Wah-

len in Namibia vor, die zwei Jahre später den Marxisten Samuel Nujoma an die Macht brachten, sowie eine Einstellung der ausländischen Unterstützung für die UNITA. Im Gegenzug kehrten die Kubaner nach Hause zurück. Noch bevor dieser Abzug beendet war, zerbrach das Apartheidregime Südafrikas. Doch der Bürgerkrieg in Angola dauerte noch weitere 14 Jahre an, bis 2002 Savimbis letztes Aufgebot von den Regierungstruppen überrannt wurde.

Kuba demütigte die Weltmacht USA und behauptete sich auch gegenüber seinem wichtigsten Verbündeten. Es lebte einen neuen Internationalismus – »in seiner Prinzipienfestigkeit und seinem selbstlosen Charakter ohne Parallele«, wie es Nelson Mandela würdigte. Bis heute findet diese Politik Havannas ihre Fortsetzung unter anderem in der medizinischen Hilfe, die Kuba den Menschen in vielen armen Ländern leistet.

Kubanische Soldaten im Februar 1988 nahe Cuito Cuanavale in Angola

Wolfgang Mix ist aktiv in der deutschen Kuba-Solidaritätsbewegung

ANZEIGE

Gemüse für die Kinder der Bergbauern in Candelaria und San Cristóbal

Mitglieder von KarEn haben im Mai in Candelaria in Zusammenarbeit mit den kubanischen Technikern zwei solare Tauchpumpen installiert und dabei die künftigen 18 Nutzer mit der Technik und ihrer Nutzung vertraut gemacht. Im Ergebnis können die Bauern zwei- bis dreimal im Jahr Gemüse anbauen und ernten, um so zur Ernährungssicherheit in Kuba beizutragen.

Bis Ende Juni wurden 227.845 Euro gespendet. Vielen Dank!

Jetzt fehlen noch 7.155 Euro deshalb unsere Bitte: Spenden Sie weiterhin für dieses lebensverbessernde Projekt!

KarEn
VEREIN ZUR FÖRDERUNG
ALTERNATIVER ENERGIEIN
IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.
Kennwort: Gemüse für Kinder Kubas
Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 78 100 100 100 589 463 104
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70

Am 1. Januar 1959 verkündete der einstige Rechtsanwalt Fidel Castro Ruz in der olivgrünen Uniform des Guerilleros vom Balkon des Rathauses am Céspedes-Park in Santiago de Cuba den Sieg der Kubanischen Revolution. Eine Woche später marschierte Castro – nach einem Triumphzug durch die Ost- und Zentralprovinzen des Landes – an der Spitze der Rebellenarmee in Havanna ein. Die Anhänger des gestürzten Diktators Fulgencio Batista, viele Großgrundbesitzer und Fabrikherren, flüchteten nach Miami, wo sie sich bis zum vermeintlich baldigen Ende des Spuks einrichten wollten. Doch alle Versuche, durch eine Invasion, durch Terror und Destabilisierung den Systemwechsel zu erzwingen, scheiterten – trotz uneingeschränkter Unterstützung durch die USA. Der Comandante en Jefe Fidel Castro überlebte mehr als 600 Attentate und Attentatsversuche, die Revolution behauptet sich bis heute gegen die umfangreichste Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die je über ein Land verhängt wurde.

Auch nach 60 Jahren ist das alternative Gesellschaftsmodell Kubas ein Beleg dafür, dass eine andere Welt möglich ist. Es garantiert der Bevölkerung Bildungschancen sowie ein Niveau der Gesundheitsversorgung und sozialen Sicherheit, das in keinem anderen Land der Region erreicht wurde. Während die Nachbarstaaten von Massenarbeitslosigkeit, fehlenden Schulen und Hochschulen und mangelhafter medizinischer Versorgung geprägt sind, während dort Ungleichheit, Armut, Hunger, staatliche Repression und Gewalt vorherrschen, sind die meisten dieser Probleme in Kuba überwunden. Kein Kind lebt auf der Straße oder muss auf Müllhalden nach Nahrung suchen, kein Kranker bleibt aus Mangel an Geld unversorgt, und niemand muss fürchten, das Dach über dem Kopf zu verlieren, weil die Miete nicht mehr bezahlbar ist. Die Kindersterblichkeit und die Analphabetenrate liegen in Kuba deutlich unter den Werten der USA und auch Teilen Deutschlands, während die Lebenserwartung der Bevölkerung zu den höchsten aller lateinamerikanischen Länder gehört.

Bis zur Revolution 1959 hatten die Verhältnisse in Kuba der Situation aller schwach entwickelten und kolonialen Länder geglichen. Im Jahr 1958 gab es 657.000 Arbeitslose und Kurzarbeiter, das entsprach knapp einem Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung. Rund 80 Prozent der bäuerlichen Behausungen waren Elendshütten, 85 Prozent der Menschen hatten keinen Zugang zu fließendem Wasser und über 44 Prozent niemals eine Schule besucht.

Nachdem der Arzt Ernesto Che Guevara im Dezember 1956 mit der von Fidel Castro geführten Guerillatruppe an der Ostküste Kubas gelandet war, traf er in den Bergen der Sierra Maestra auf Kinder, die er als »authentische Produkte von Hunger, Elend und Unterernährung« beschrieb. 90 Prozent von ihnen litten an parasitären Erkran-

kungen, doch für die ausgezehrte ländliche Bevölkerung gab es weder Krankenhäuser noch Mediziner. Zur materiellen Not der Menschen kam die Repression durch Polizei und Armee. Streiks der Fabrikarbeiter, Aufstände besitzloser Landarbeiter und Studentenproteste wurden gewaltsam unterdrückt. Unter der Diktatur Batistas wurden 20.000 Oppositionelle ermordet, Tausende weitere von Spezialisten der Geheimpolizei in Folterkellern misshandelt.

Programm der Rebellen

In seiner Verteidigungsrede »Die Geschichte wird mich freisprechen« nach dem missglückten Angriff auf die Moncada-Kaserne in Santiago am 26. Juli 1953 hatte Fidel Castro bereits die Veränderungen angekündigt, die nach Eroberung der Macht in Angriff genommen wurden. Das erste »Regierungsprogramm« der Rebellen sah die Aufteilung der im US-Besitz befindlichen Zucker- und Tabakplantagen, die Konfiszierung aller durch eine korrupte Regierung erworbenen Vermögen, die Verstaatlichung der mit US-Kapital finanzierten Versorgungsbetriebe sowie die Übergabe von zunächst mindestens 30 Prozent der Industrieunternehmen an die Arbeiter vor. Zudem sollten Bildung, Gesundheitsversorgung und Teilhabe an Kultur und Sport für alle Kubaner kostenfrei zugänglich sein. Als vorrangig galten die Boden-, Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungsreformen.

»Wenn 1868 eine Revolution mit der Befreiung der Sklaven beginnen musste, hatte eine Revolution von 1959 die Pflicht, die Gesellschaft von jenem Monopol zu befreien, kraft dessen eine Minderheit die Menschen ausbeutete. Und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen bedeutet, das Recht auf den Besitz jener Güter zu beseitigen, die der ganzen Gesellschaft gehören und gehören müssen«, erklärte Castro am 10. Mai 1968 aus Anlass des 100. Jahrestages des Beginns des »Zehnjährigen Krieges« um die Unabhängigkeit des Landes von der spanischen Kolonialherrschaft. Im Mai 1959 wurde das erste Gesetz zur Agrarreform verabschiedet, einheimischer und ausländischer Großgrundbesitz aufgelöst und über 100.000 Bauern unentgeltlich Land zugeteilt. 1960 wurde das Eigentum ausländischer Monopole und später auch der nationalen Bourgeoisie verstaatlicht. Durch ein »Wohnungsreformgesetz« wurde staatlich geförderter Wohnraum schrittweise in das Eigentum der Mieter überführt. Heute sind mehr als 90 Prozent der Bürger Eigentümer ihrer vier Wände. Kuba gehört damit weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an Wohnungseigentümern.

Parallel dazu widmete sich die Revolutionsregierung dem Aufbau des Bildungswesens. Bis August 1960 waren 10.000 Schulen eingerichtet worden. Mit einem Aufruf Castros zum »Kampf ge-



Der Kampf geht

60 Jahre nach dem Sieg der Revolution steht Kuba vor der Aufgabe, dafür, dass eine andere Welt möglich ist. **Von Volker Herrmann**

gen den Analphabetismus« begann eine Alphabetisierungskampagne, an der sich 270.000 Freiwillige als »Lehrer« beteiligten. Ein Jahr später war das Ziel erreicht. Es gebe »keinen feierlicheren und bewegenderen Moment, keinen Augenblick mit mehr Berechtigung für Stolz und Ruhm wie diesen, in dem viereinhalb Jahrhunderte der Unwissenheit einstürzten«, sagte Castro, als Kuba am 22. Dezember 1961 als erstes Land Lateinamerikas offiziell zu einem von Analphabetismus befreiten Gebiet erklärt wurde.

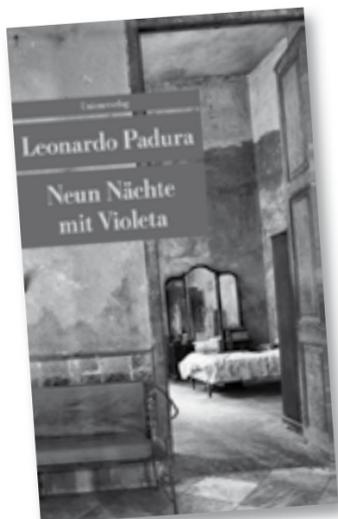
Die nächste Kampagne galt der medizinischen Versorgung. Die unentgeltliche Betreuung im Krankheitsfall ist in Kuba ein

Verfassungsrecht. Artikel 9 des Grundgesetzes verpflichtet den Staat sicherzustellen, »dass es keinen Kranken gibt, der nicht medizinisch versorgt wird«. In den Artikeln 43 und 50 wird das Recht der Bürger auf kostenlose Behandlung und Vorsorge garantiert.

Als eine von der CIA ausgebildete Invasionstruppe im April 1961 versuchte, die alten Verhältnisse wiederherzustellen, erklärte Castro die Kubanische Revolution offiziell zu einer sozialistischen. »Genossen Arbeiter und Bauern! Dies ist die sozialistische und demokratische Revolution der einfachen Menschen, mit den einfachen Menschen und für die einfachen Menschen«,

Mit Che Guevara die Revolution verteidigen: Großdemonstration am 1. Mai 2018 auf der Plaza de la Revolución in Havanna

ANZEIGEN



Aus dem Spanischen von Hans-Joachim Hartstein
256 Seiten, broschiert

Leonardo Padura

»*Wer Kuba verstehen will, muss Padura lesen.*« Süddeutsche Zeitung

Unionsverlag

Deine Spende hilft!

Cuba Sí realisiert in Kuba nachhaltige Landwirtschaftsprojekte, außerdem helfen wir dem sozialistischen Land in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Politik. Unsere Mitstreiter*innen informieren über das sozialistische Kuba und über Lateinamerika, wir organisieren politische Bildung und Kulturveranstaltungen. Für Interessierte planen wir Solidaritätsbrigaden und politische Rundreisen nach Kuba.
Bitte unterstütze unsere Solidaritätsarbeit mit einer Spende!

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Cuba Sí

Spendenkonto

beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELADEVXXX. Bitte Verwendungszweck angeben:
„Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“.

AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org



nt weiter

or neuen Herausforderungen. Und bleibt ein Beleg
ndorf

internationalistische Verpflichtung. »Welches andere Land hat größeren Altruismus gezeigt als Kuba in seinen Beziehungen zu Afrika?« würdigte der südafrikanische Freiheitskämpfer und erste schwarze Präsident seines Landes, Nelson Mandela, bei seinem Besuch auf der Insel 1991 das Engagement und fügte hinzu: »Wir in Afrika sind es gewohnt, Opfer jener Länder zu sein, die unser Territorium aufteilen oder unsere Souveränität aufheben wollen. Es ist beispiellos in der afrikanischen Geschichte, dass ein anderes Volk unsere Verteidigung übernommen hat.« Ärzte, Pädagogen, Techniker und zivile Fachkräfte aus Kuba halfen den jungen afrikanischen Nationalstaaten, die sich von Kolonialismus und Apartheid befreien wollten. In Algerien, Angola, Äthiopien, Mosambik, Namibia, Südafrika und vielen anderen Ländern des Kontinents gilt Kuba bis heute als uneigennütziger Freund und verlässlicher Bündnispartner im Kampf gegen koloniale und rassistische Regime.

Trikontinentale

Als Gastgeber der Ersten Trikontinentalen Konferenz in Havanna, auf der im Januar 1966 die Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (OSPAAAL) ins Leben gerufen wurde, bezeichnete es Castro als »historisches Ereignis«, dass zwei aktuelle Strömungen der Weltrevolution zusammengeführt würden: die aus der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland hervorgegangenen und die nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern der »Dritten Welt«.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl in der damaligen Sowjetunion im April 1986 leistete der Inselstaat als eines der ersten Länder Soforthilfe für strahlengeschädigte Kinder. Kubanische Mediziner behandelten über 26.000 Opfer der Nuklearkatastrophe. 1999 wurde in Havanna die Lateinamerikanische Schule für Medizin (ELAM) eröffnet, die Studierenden aus den Ländern des globalen Südens eine kostenlose Ausbildung ermöglicht. Bis 2017 legten dort mehr als 25.000 junge Menschen aus 84 Ländern ihre Abschlussprüfung ab.

Als der Hurrikan »Katrina« im August 2005 in den USA über 1.800 Menschenleben forderte, bot Castro dem mächtigen Nachbarn sofort Hilfe an. Und der Comandante kündigte die Gründung des »Internationalen Ärztekontingents Henry Reeve« an, das auf Soforthilfe bei Katastrophen und Epidemien spezialisiert ist. »Wir werden beweisen, dass es Antworten auf viele Tragödien des Planeten gibt«, erklärte er damals. Als die westliche Staatengemeinschaft nach Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika 2014 noch ratlos diskutierte, hatte Havanna bereits 165 freiwillige Helfer des Kontingents

nach Sierra Leone, Liberia und Guinea geschickt. Insgesamt waren dort später mehr als 250 kubanische Spezialisten im Einsatz. Die Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, zollte der Karibikinsel Anerkennung und Respekt. Doch kaum jemand reflektierte, warum ausgerechnet und ausschließlich Kuba zu einer derartigen Leistung imstande war. Wie die Tageszeitung *Granma*, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Kubas, im Januar 2017 schrieb, waren im Kontingent Henry Reeve seit dessen Gründung rund 7.300 medizinische Fachkräfte in 19 Ländern tätig. Sie betreuten 3,5 Millionen Menschen und retteten 80.000 das Leben.

60 Jahre nach dem Sturz des Diktators Batista steht die Kubanische Revolution heute vor neuen Herausforderungen. Der Untergang der UdSSR und der sozialistischen Länder Osteuropas 1989/91 warf Kuba zurück und verhinderte die Fertigstellung von Industriebetrieben und anderen Einrichtungen, die mit Unterstützung dieser Staaten angegangen worden waren. Der Investitionsbedarf für die Modernisierung bestehender und den Aufbau neuer Produktionsstätten übersteigt die eigenen Finanzkapazitäten Kubas um ein Vielfaches. Als eine Reaktion darauf wurde 1993 der Besitz ausländischer Devisen legalisiert. Damit begann ein Prozess, der sich durch die Förderung des privaten Sektors in der Wirtschaft fortsetzte. Das einst angestrebte egalitäre Modell gehört – zumindest derzeit – der Vergangenheit an, die soziale Spreizung nimmt wieder zu und verfestigt sich.

Die Rückschläge werden in Kuba nicht geleugnet und sind Teil von Debatten innerhalb der Partei, der Massenorganisationen und der Gesellschaft. Und die Gründe werden offen benannt. So ist die seit 1960 von den USA gegen Kuba verhängte Blockade trotz wiederholter Verurteilung durch die UN-Vollversammlung und internationaler Solidarität weiter in Kraft. Zu ihren Opfern gehören vor allem Kranke, Kinder, Alte und der ärmere Teil der Bevölkerung. Hinzu kommen hausgemachte Fehler und Versäumnisse, die Fidel Castro bereits 2005 als Gefahr für den Fortbestand der Revolution bezeichnet hatte. Sein Nachfolger Raúl Castro und der im April 2018 gewählte neue Präsident Miguel Díaz-Canel warnen in fast jeder Rede vor mangelhafter Arbeitsorganisation, Disziplinlosigkeit und Schattenwirtschaft, die unzureichende Produktivität und wirtschaftliche Verluste verursachen. Die direkte Folge davon seien niedrige Löhne und Renten sowie Mängel bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die zu Frust und Politikverdrossenheit führten. Dennoch dürfte Kuba derzeit das politisch stabilste Land des Kontinents sein.

Volker Hermsdorf ist Verfasser des Buches »Die Kubanische Revolution«, das im Mai 2018 bei Papyrossa in der Reihe »Basiswissen« in einer dritten, aktualisierten und erweiterten Auflage erschienen ist. Er schreibt regelmäßig in der jungen Welt.

rief er am 16. April 1961 bei einer Massenkundgebung in Havanna aus.

Während Kuba im kommenden Januar den 60. Jahrestag seiner Revolution begeht, sind auf dem Kontinent alle »gemäßigten« Versuche sozialer Reformen, die keinen radikalen Bruch mit den bisherigen Eigentums- und Besitzverhältnissen vollziehen oder festigen konnten, gescheitert. Sie wurden Opfer von US-Invasionen (Guatemala 1954, Dominikanische Republik 1965, Grenada 1983, Panama 1989), von der CIA organisierten Militärputschen (Chile 1973, Honduras 2009) oder parla-

mentarischen Staatsstreich (Paraguay 2012, Brasilien 2016). Die Macht der einheimischen Eliten und der multinationalen Konzerne sowie die Abhängigkeit von Washington wurden in diesen Ländern gnadenlos restauriert. Ähnliche Versuche finden derzeit in Venezuela und Nicaragua statt, in Ecuador sind diese Bestrebungen bereits weit fortgeschritten.

Die kubanischen Revolutionäre beschränkten sich nicht auf die Umgestaltung zu Hause. Sie betrachteten die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in den Ländern des globalen Südens als ihre

ANZEIGE

#NoMásBloque
@Cubavsbloque

Das sozialistische Kuba und seine Verbündeten in Lateinamerika Hoffnungsträger der fortschrittlichen Welt! Wir stehen unverrückbar an ihrer Seite!



Wir verurteilen die immer noch fortdauernden Destabilisierungsversuche von außen, Subversion, Blockade, die US-Besetzung des Marinestützpunktes in Guantánamo. Wir machen sie, gemeinsam mit Gleichgesinnten, bekannt und unterstützen Kuba in seinem Kampf dagegen.



Unsere „CUBA LIBRE“ und „Cuba kompakt“ bringen aktuelle Informationen aus und über Kuba und Lateinamerika. Das eigene Erleben Kubas überzeugt unmittelbar und so vermitteln wir Interessierten die Teilnahme an Brigaden und auch inhaltlich politische Reisen nach Kuba.

Mit den im gemeinsamen **Proyecto „Tamara Bunke“** von FG und SDAJ regelmäßig organisierten Studienaufenthalten auf Kuba ermöglichen wir (nicht nur ganz) jungen, politisch interessierten Menschen **„Auf Cuba von Cuba lernen und darüber berichten!“**

**Werden Sie Mitglied! Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba – Maybachstr. 159 – 50670 Köln – mehr Infos: www.fgbrdkuba.de
FG BRD-Kuba; Bank für Sozialwirtschaft, Köln: IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00; BIC: BFSWDE33XXX - Spenden an die FG sind steuerlich absetzbar.**

»Die Jugendlichen können sich nicht vorstellen, für das Studium zu bezahlen«

Kubas Universitäten stellen sich den Herausforderungen der heutigen Zeit – und halten an bewährten Errungenschaften fest.
Gespräch mit Dr. Gustavo José Cobreiro Suárez

Studentinnen der Latein-amerikanischen Medizin- und Zahnmedizinischen Fakultät der ELAM 2010 in Havanna



ANDRE SCHEER

Dr. Gustavo José Cobreiro Suárez ist Rektor der Universität Havanna in Kuba. Der Bauingenieur war der letzte Kubaner, der noch in der Sowjetunion ein Studium beginnen konnte und dieses 1995 – bereits in Russland – abschloss. Er ist Abgeordneter des Provinzparlamentes von Havanna und gehörte zwischen 2011 und 2016 dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas an.

Sie haben in den 1980er und 90er Jahren in Kuba und in der Sowjetunion bzw. Russland studiert und anschließend eine akademische Laufbahn eingeschlagen. Damit hatten Sie die Möglichkeit, das universitäre Leben sowohl vor als auch nach dem Ende der Sowjetunion zu erleben. Was waren Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Veränderungen in diesem Zusammenhang?

Die 1990er Jahre waren für unser Land sehr hart. Innerhalb weniger Jahre verloren wir praktisch unseren gesamten Außenhandel. Ebenso wie im gesamten Land erlebten wir auch an den Universitäten großen Mangel. Aber keine einzige Hochschule wurde geschlossen, und kein einziger Student wurde aufgrund fehlender Mittel nach Hause geschickt. Sie behielten ihre Stipendien, ihren Platz in den Studentenwohnheimen und konnten ihr Studium abschließen.

Es hatte eine sehr enge Zusammenar-

beit mit den sozialistischen Ländern gegeben, auch in der DDR wurden viele Kubaner ausgebildet und promovierten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der deutschen Vereinigung und dem Ende des Sozialismus in Europa war das vorbei.

Auch die Lehrenden litten sehr unter dem Mangel, aber auch sie leisteten Widerstand, und inzwischen sind wir am Ende dieses Tunnels angekommen. Es waren sehr komplizierte Jahre, aber sie haben auch positive Resultate für unser Land hervorgebracht, zum Beispiel durch die beharrliche Suche nach alternativen Möglichkeiten. Diese Phase hat uns neue Horizonte eröffnet, denn wir haben den Austausch mit Ländern entwickelt, mit denen wir früher keine so intensive Zusammenarbeit hatten.

Während der sogenannten Besonderen Periode nach dem Verschwinden der sozialistischen Verbündeten wurden in den 1990er Jahren bereits Berufstätige zum Studium ermuntert und bezogen ihr Gehalt weiter, wäh-

rend sie die Universität besuchten ... Das war eine Reaktion auf die wirtschaftliche Lage insbesondere im Bereich des Zuckerrohranbaus. Es gab keinen ausreichend großen Markt für den kubanischen Zucker mehr, deshalb mussten zahlreiche Raffinerien geschlossen werden. Dadurch wurden natürlich Arbeitskräfte freigesetzt, aber die Menschen wurden nicht einfach auf die Straße geworfen. Sie erhielten die Möglichkeit zu studieren, sich fortzubilden, und dafür Stipendien zu bekommen, also weiter Geld zu verdienen. Das war eine sehr wichtige Idee, damit niemand seinem Schicksal überlassen blieb.

Genau in dieser Zeit wurde in der Bundesrepublik versucht, flächendeckend Studiengebühren einzuführen ...

... während wir in Kuba die Studierenden für das Lernen bezahlen. Es gibt bei uns bis heute ein System von Stipendien. Sie sind nicht hoch, aber sie helfen den Familien und erlauben es den Studierenden, ihr gesellschaftliches Leben zu führen.

Zudem haben alle Jugendlichen, die aus dem Inland zum Studium in die Städte kommen, Anrecht auf einen Platz im Studentenwohnheim mit garantierter Verpflegung. Es gibt für sie auch keine Einschreibegebühren.

All das ist eine Folge des Prinzips unserer Revolution von 1959 und der Hochschulreform von 1962, in deren Rahmen auch die Universitätskurse für Arbeiter, das Fernstudium und andere Angebote entwickelt wurden. Dadurch sollte es den Menschen ermöglicht werden zu studieren, denn in Kuba gab es damals gerade einmal drei Universitäten mit landesweit 15.000 Studenten – gegenüber einer Million Analphabeten zum Zeitpunkt des Sieges der Revolution. In Kuba Frau zu sein, Bauer, Schwarzer oder Mestizo zu sein, war zu diesem Zeitpunkt praktisch gleichbedeutend damit, Analphabet zu sein.

Heute sind es 42 Universitäten, an denen rund 1,5 Millionen Menschen ihren Studienabschluss gemacht haben – bei einer Bevölkerung von gerade einmal elf

ANZEIGE

GegenStandpunkt 2-18

Zur Kündigung des Atomabkommens mit Iran durch D. Trump

Der US-Präsident kündigt den Atomdeal mit Iran, der auch und gerade in Deutschland als Meisterwerk europäischer Diplomatie und Vermittlungskunst gefeiert wird. Im Artikel klären wir darüber auf, dass dieser Vertrag ein durch und durch imperialistisches Machwerk war, mit dem von Beginn an alle Parteien komplett entgegengesetzte Interessen verfolgt haben. Der Artikel beantwortet außerdem nicht nur, was Trump an diesem Deal so abgrundtief schlecht findet. Er erklärt zugleich, was die europäischen Mächte an Trumps Kündigung so stört: Trump weist – einmal mehr – ihren Anspruch zurück, an der Seite der USA als „der Westen“ den Globus zu ordnen.

Venezuela: Der Niedergang des ‚bolivarischen Sozialismus‘ und seine Gründe

Einen nationalen Aufbruch eigener Art hat Venezuela bereits hinter sich. Der Artikel über den Niedergang des ‚bolivarischen Sozialismus‘ erhebt Einspruch gegen die westliche Hetze, gemäß der ausgerechnet der chávistische Versuch, Venezuela aus der Rolle des Öllieferanten für den amerikanisch dominierten Weltmarkt zu

befreien, das Volk verarmt und dem Land die „Zukunft“ geraubt habe. Der dummen Allerweltsformel, dass da – wieder einmal! – ein „eigentlich reiches Land“ wegen falscher Politik ganz arm sei, wird die Einsicht entgegengesetzt, dass „Öl“ kein Reichtum ist, sondern allenfalls in den kapitalistischen Metropolen zu einem solchen wird, nur dafür und für nichts anderes da ist und darum jeder Versuch der Umwidmung nicht nur in sich widersprüchlich ist, sondern von den kapitalistischen Weltmarktstaaten als Verbrechen definiert wird, das sie zum Scheitern verurteilen.

Weitere Themen:

Emmanuel Macron: Schon wieder einer, der sein Land ganz groß machen will / Die amerikanische Weltmacht und ihr kongenialer chinesischer Widerpart: Trump macht Ernst – Xi auch! / Der Fall Skripal: Der Nutzen eines gemeinsamen Feindes für die Bekräftigung der problematischen Einheit des Westens / Japan unter Abe: „Weltmacht oder gar nicht sein“ auf ostasiatisch / „Seriöse Öffentlichkeit“: Die österliche Zeitungslektüre

Vollständiges Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift unter www.gegenstandpunkt.com
GegenStandpunkt 2-2018 ist für 15 € über den Buchhandel zu beziehen oder durch Bestellung an:

Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München

Tel.: 089-2721604; Fax: 089-2721605; E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

Millionen Einwohnern. Der Anteil von akademisch ausgebildeten Kubanern an der Gesamtbevölkerung ist also hoch – und 60 Prozent dieser an Hochschulen ausgebildeten Absolventen sind Frauen. Das ist wichtig.

Und wie viele der 42 Universitäten Kubas werden von Frauen geleitet?

Ziemlich genau die Hälfte. In unserem Land wird eine Politik betrieben, gezielt den Frauen Macht zu geben. In Kubas Parlament, das im Frühjahr neu gewählt wurde, haben Frauen mehr als die Hälfte der Sitze inne. Die Hälfte der Abgeordneten sind außerdem Schwarze und Mestizen.

Wie haben sich die Inhalte des Studiums in Kuba gegenüber den 1980er Jahren verändert?

Die Lehrinhalte sind natürlich aktualisiert worden. Die Universitäten richten sich nach Lehrplänen, die für vier Jahre gelten. Im vergangenen Jahr haben wir damit begonnen, Studiengänge von vier Jahren Dauer einzuführen, in einigen Fächern gibt es außerdem auf zwei Jahre ausgelegte Schnellkurse. Auch die Postgraduiertenkurse wurden sehr ausgebaut. Früher haben wir fast alle Promotionskandidaten für ihre Doktorarbeit ins Ausland geschickt, heute werden die meisten in Kuba ausgebildet. Das hat auch mit der hohen Zahl an Doktoren zu tun, die wir in den 80er und 90er Jahren ausgebildet haben. So hat allein die Universität Havanna mit ihren aktuell 40.000 Studierenden 800 Lehrkräfte mit Doktorgrad.

Insgesamt werden in Kuba derzeit 100 verschiedene Studiengänge angeboten, 38 davon gibt es an der Universität Havanna. Wir haben einen ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt, zum Beispiel Geschichte, Soziologie oder marxistisch-leninistische Philosophie.

Ist das der offizielle Name dieses Studiengangs?

Ja. Der Studiengang heißt marxistisch-leninistische Philosophie, und in diesem Fach kann man natürlich auch promovieren. Es gibt viele junge Leute, auch aus kapitalistischen Ländern, die sich gerade für dieses Studium entscheiden, weil sie sich mit dem Marxismus beschäftigen wollen. Das ist eine sehr interessante Entwicklung.

Daneben haben wir den Bereich der exakten und Naturwissenschaften, etwa Mathematik, Mikrobiologie, Biochemie. Unser Netz besteht aus 18 Fakultäten und 13 Forschungszentren für angewandte Wissenschaften. Und wir haben den 600 Hektar großen Botanischen Garten, den größten Lateinamerikas.

Mal abgesehen vom Namen der Studiengänge: Woran merkt ein Student in Kuba heute, dass er in einem sozialistischen Land studiert und nicht zum Beispiel in der Dominikanischen Republik oder Puerto Rico?

Das ist eine sehr interessante Frage. Die Jugendlichen in Kuba betrachten ein Universitätsstudium heute als eine Selbstverständlichkeit, die nicht von den eigenen ökonomischen Möglichkeiten abhängt. Nicht das Einkommen entscheidet darüber, ob jemand studiert oder nicht, sondern nur das Interesse. In Kuba garantiert der Staat jedem Abiturienten einen Studienplatz. Die Auswahl ist vielleicht nicht immer sehr groß, aber es steht jedem eine Hochschullaufbahn offen. Zudem gibt es die Möglichkeit des Fernstudiums, was noch mehr Menschen den Zugang zur akademischen Bildung eröffnet.

Viele der Menschen bei uns können sich überhaupt nicht vorstellen, dass man in vielen Ländern Europas dafür bezahlen muss, an einer Universität studieren zu können. In den USA ist es für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie fast unmöglich, die Hochschule zu besuchen, oder auch in Mexiko und anderen Ländern. Und wenn du aus der Fremde kommst, musst du dich auch noch um Unterkunft, Essen, Trinken, Unterhalt kümmern. Das ist in Kuba anders, und das ist ein Ergebnis der Revolution.

Wie macht sich die anhaltende Blockade Kubas durch die USA im täglichen Leben der Universitäten bemerkbar?

Es gibt heute zum Beispiel de facto keine Möglichkeit mehr zum akademischen Austausch mit den Hochschulen in den Vereinigten Staaten. Unter Barack Obama waren einige Wege für den persönlichen Austausch geöffnet worden, kubanische Professoren hielten Vorträge in den USA und nordamerikanische Akademiker lehrten in Kuba. Und ganz entgegen dem Mythos, dass die Leute aus Kuba wegliefen, kamen auch Jugendliche aus den USA, um in Kuba zu studieren. Nach dem Regierungswechsel hat die neue Administration nur auf einen Vorwand gewartet – die merkwürdigen akustischen Angriffe, über die sich US-Diplomaten in Havanna beklagt haben –, um das Personal der Botschaft zu reduzieren, und heute ist es praktisch unmöglich, dort ein Visum für die USA zu bekommen.

Es scheint, dass diese Lücke teilweise durch europäische Universitäten geschlossen wird ...

Wir haben sehr gute Beziehungen zu

Hochschulen in Europa, auch in Deutschland. In der Bundesrepublik pflegen wir vor allem die noch aus der Zeit der DDR stammenden Beziehungen mit dortigen Universitäten, haben aber auch Kontakte mit Hochschulen in der früheren BRD aufgenommen.

Jedes Jahr organisieren wir zusammen mit der Humboldt-Universität zu Berlin Sommerkurse in Havanna, zu denen junge Deutsche kommen können. Mit Dresden gibt es einen jährlichen Austausch von Studierenden und Professoren. Es gibt eine sehr ernsthafte Kooperation. Ich arbeite sehr gerne mit Institutionen in Deutschland zusammen, denn wenn diese etwas zusagen, halten sie es auch. An der TU

durch die Truppen des südafrikanischen Apartheidregimes in Angola erinnert. Viele der Jugendlichen aus Angola und Namibia, die Anfang der 1980er Jahre zu uns kamen, waren solche, die damals ihre Eltern verloren hatten. Viele von ihnen sind heute Diplomaten oder arbeiten in den Regierungen ihrer Länder – und sind aus Anlass des Jahrestages wieder nach Kuba gekommen, um daran zu erinnern.

Aktuell empfangen wir allein an der Universität Havanna jährlich rund 8.000 ausländische Studierende. Ein Teil von ihnen kommt aufgrund von Abkommen auf Regierungsebene oder im Rahmen eines Austausches zwischen verschiedenen Universitäten. Das Prinzip

„Jedes Jahr organisieren wir zusammen mit der Humboldt-Universität zu Berlin Sommerkurse in Havanna, zu denen junge Deutsche kommen können.“

Berlin haben wir einen Kuba-Tag durchgeführt, ebenso im Botanischen Garten der Freien Universität. Und an der Uni Havanna gibt es einen Humboldt-Lehrstuhl, an dem die deutsche Sprache gelehrt wird.

Berührungsängste oder Vorurteile gibt es von seiten der deutschen Hochschulen nicht?

Nein, überhaupt nicht.

In den 1990er Jahren konnte ich an der Universität Matanzas erleben, dass dort fast die Hälfte der Studenten aus der Westsahara stammte und dort auf Grundlage eines Abkommens zwischen Kuba und der sahrauischen Befreiungsbewegung, der Frente Polisario, lernen konnte. Gibt es solche Abkommen auch heute noch?

Ja, die akademische Solidarität ist uns sehr wichtig. In den ersten Jahren der Revolution kamen zum Beispiel viele Chinesen nach Kuba, um Spanisch zu lernen. Wir hatten Tausende junge Menschen in den sozialistischen Ländern, und wir haben viele Studierende aus anderen Ländern Lateinamerikas und der Dritten Welt aufgenommen. In Kuba haben zum Beispiel mehr als 50.000 Jugendliche aus Afrika, Asien und Lateinamerika ihren Abschluss gemacht.

Angang Mai haben wir an den 40. Jahrestag des Massakers von Cassinga 1978

ist dann: Wenn ich zum Beispiel zwei Studenten empfangen und zwei entsende, wird nichts extra berechnet. Andere Studierende finanzieren ihren Besuch unserer Universität selbst. Das ist für uns etwas neues gegenüber früher, aber die Welt hat sich verändert – wer also die finanziellen Mittel hat, kann auf eigene Rechnung zum Studium nach Havanna kommen. Wer sich dafür interessiert, kann sich direkt an die Universität wenden. Wir sind da offen und flexibel, wir brauchen auch keine besonderen Papiere aus dem Herkunftsland.

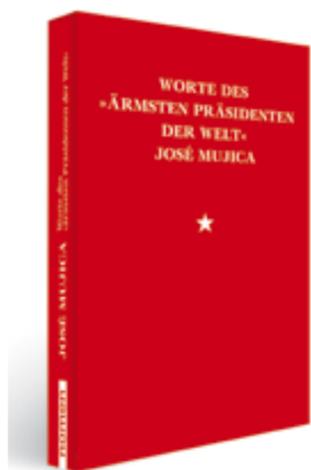
Die meisten Gäste lernen hier Spanisch oder widmen sich für ein oder mehrere Semester spezifischen Interessen. Es gibt aber auch mehr als 1.000 ausländische Jugendliche, die hier in Havanna ihr komplettes Studium bis zum Abschluss und zur Promotion durchgeführt haben.

Erst kürzlich haben wir an der Universität Havanna zum Beispiel 4.000 chinesische Studenten ausgebildet. Sie haben im ersten Jahr Spanisch gelernt, dann hat ein Teil spanische Sprachwissenschaft studiert, andere Gruppen haben Medizin, Pharmazie, Pädagogik oder Tourismus belegt. Umgekehrt haben gut 100 junge Kubaner in China Chinesisch gelernt. Außerdem bietet China Stipendien für Kubaner an, die in der Volksrepublik studieren wollen.

Interview: André Scheer

André Scheer leitet das Ressort Außenpolitik der jW.

ANZEIGEN



»Es scheint so, als seien wir nur deswegen auf dieser Welt, damit wir konsumieren und konsumieren.«

(José Mujica)

Das Büchlein veröffentlicht Weisheiten von José Mujica – bis 2015 Präsident Uruguays – zu Konsumzwang, Kapitalismus, Globalisierung und Weltfrieden, Legalisierung von Cannabis, Schwangerschaftsabbruch, Homoehe und anderen Fragen.

Der 83jährige lebt bis heute auf einem kleinen Bauernhof, den er selbst bewirtschaftet und wo er Blumen züchtet. Er fährt einen alten VW-Käfer und spendete 90 Prozent seines Präsidentengehaltes für wohltätige Zwecke, weshalb er als »ärmster Präsident der Welt« beschrieben wurde.

Als Mitbegründer der Tupamaro-Stadtguerilla während der Militärdiktatur in Uruguay war Mujica fast 14 Jahre unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert.

ca. 160 Seiten
Euro 10,00 (D)
ISBN: 978-3-939816-51-5
Erscheint Ende August 2018

www.nomen-verlag.de • Tel. 0 69 / 9 54 16 21 3 • nomen@nomen-verlag.de

JuKo 2.0

Das Netzwerk Cuba lädt junge und junggebliebene Interessierte zur 2. Jugend-Konferenz „Kuba nach den Wahlen – unsere Solidarität geht weiter!“ ein.

Themen unserer JuKo 2.0 sind u. a.:

- Kubas Wahlsystem und die Wahlen 2017/2018
- Internationale Solidarität von Kuba und mit Kuba
- Die Rolle Kubas in Lateinamerika
- Soziale Medien
- Studieren und Solidaritätsbrigaden in Kuba
- Alltag, Familie und Beruf in Kuba

Wir haben interessante Referenten eingeladen, z.B. einen jungen Abgeordneten aus Kuba, der berichten wird, wie er Parlamentarier wurde und wie ein kubanischer Wahlkampf abläuft. Dabei sein werden auch Studierende, die ein Semester in Kuba verbracht haben. Dazu gibt's Musik, kubanisches Essen, Cocktails, einen Film und spannende Diskussionen.

Anmeldung: Stephanie.Remus@solli-cuba.org

2. Jugend-Konferenz
1. – 2. September
Außenstelle der kubanischen Botschaft
Kennedyallee 22 – 24
53175 Bonn

NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.

NETZWERK CUBA
informationsbüro e.V.
info@netzwerk-cuba.de
www.netzwerk-cuba.de

ANZEIGEN

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Christian Schmidt-Häuer
Tatort Panama
Konquistadoren, Kanalbauer, Steuerflüchtige
500 Jahre Kolonialisierung und Globalisierung

gebunden, zahlreiche Abbildungen
2018 – 472 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-292-3

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Zeit, sich ein anderes Bild von der Welt zu machen.

3 Wochen gratis!

Das Probeabo endet automatisch, es muss nicht abbestellt werden.

Jetzt bestellen unter
www.jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-84

Frucht des kolonialen Europa

Kubas Truppen sahen sich in Angola der Gefahr gegenüber, von Südafrika mit Atomwaffen angegriffen zu werden. **Von Fidel Castro**

Aus Anlass des Todes von Nelson Mandela am 5. Dezember 2013 veröffentlichte Fidel Castro 14 Tage später eine seiner »Reflexionen«, in der er zu Ehren Mandelas auf das kubanische Engagement im südlichen Afrika einging. Wir dokumentieren den Text stark gekürzt und in einer für diese Beilage bearbeiteten Fassung. (jW)

Kein anderes Ereignis der Gegenwart oder der Vergangenheit, an das ich mich erinnere oder von dem ich sprechen gehört habe, hat die Weltmeinung so bewegt wie der Tod Mandelas. Mandela war ein integrierter Mann, ein radikal sozialistischer Revolutionär, der stoisch 27 Jahre Einzelhaft aushielt. Ich habe nie aufgehört, seine Ehrlichkeit, Bescheidenheit und seinen enormen Verdienst zu bewundern. Die herzlichen Gefühle tiefer Freundschaft zwischen dem kubanischen Volk und dem Heimatland von Nelson Mandela wurden aus einem Ereignis geboren, über das wir viele Jahre kein Wort verloren haben.

Als die Revolution in Kuba siegte, waren wir von den ersten Jahren an solidarisch mit den portugiesischen Kolonien in Afrika. Die Befreiungsbewegungen auf diesem Kontinent hielten nach dem Zweiten Weltkrieg und der Befreiung der Volksrepublik China – dem bevölkerungsreichsten Land der Welt – sowie nach dem ruhmreichen Sieg der Russischen Sozialistischen Revolution den Kolonialismus und Imperialismus in Schach. Die sozialen Revolutionen rüttelten an den Fundamenten der alten Ordnung.

Aber warum versucht man zu verschleiern, dass das Apartheidregime, das Afrika so sehr hat leiden lassen und das die überwältigende Mehrheit der Nationen der Welt empörte, eine Frucht des kolonialen Europa war und durch die Vereinigten Staaten und Israel zu einer Atommacht gemacht wurde?

Von dem durch Südafrika besetzten Namibia zogen 1975 die rassistischen Truppen aus, die mehr als 1.000 Kilometer weit bis in die Nähe von Luanda vorstießen. Dort konnte sie ein eingeflogenes Bataillon kubanischer Spezialtruppen und mehrere ebenfalls kubanische Besatzungen sowjetischer Panzer aufhalten.

Das geschah im November 1975, 13 Jahre vor der Schlacht von Cuito Cuanavale.

Kuba hat seine internationalistischen Pflichten treu erfüllt. Es hat Schlüsselpunkte verteidigt und jedes Jahr Tausende angolischer Kämpfer im Umgang mit den Waffen ausgebildet. Die UdSSR lieferte die Rüstung. Tausende junge und gesunde Angolaner traten ihrer entstehenden Armee bei. Ihr wichtigster Berater war aber kein Schukow, Rokossowski, Malinowski oder ein anderer der vielen, die die sowjetische Militärstrategie mit Ruhm erfüllt haben. Seine obsessive Idee war, angolische Brigaden mit den bes-

weniger als 24 Stunden kam aus Angola die positive Antwort.

Das Hauptproblem lag darin, dass die südafrikanischen Rassistens nach unseren Schätzungen über zehn bis zwölf Atomwaffen verfügten. Sie hatten sogar schon Tests im Meer oder in den Eisregionen des Südens durchgeführt. US-Präsident Ronald Reagan hatte sie dazu ermächtigt, und zu der von Israel gelieferten Ausrüstung kam die notwendige Bereitschaft, einen atomaren Sprengsatz explodieren zu lassen. Unsere Antwort war, das Personal in Kampfgruppen von nicht mehr als 1.000 – eintausend – Mann zu organi-

Fidel Castro an Nelson Mandela zu dessen 90. Geburtstag

Ruhm dir, Nelson, der du in 27 Jahren Einzelhaft im Gefängnis die menschliche Würde verteidigt hast. Gegen deinen eisernen Widerstand konnten Verleumdung und Hass nichts ausrichten. Du hast es verstanden zu widerstehen, und ohne es zu wissen oder angestrebt zu haben, bist du zum Symbol für das Edelste der Menschheit geworden. Du wirst in der Erinnerung der künftigen Generationen leben, und mit dir die Kubaner, die in Verteidigung der Freiheit ihrer Brüder in anderen Teilen der Welt gefallen sind.

Übersetzung: André Scheer

ten Waffen in das Gebiet zu bringen, in dem angeblich die Stammesregierung von Savimbi residierte, einem Söldner im Dienste der Vereinigten Staaten und Südafrikas. Das war, als wenn man die Truppen, die in Stalingrad gekämpft hatten, an die Grenze des falangistischen Spaniens geschickt hätte, das mehr als 100.000 Soldaten zum Kampf gegen die UdSSR entsandt hatte. In jenem Jahr wurde eine Operation dieser Art durchgeführt.

Zu diesem kritischen Zeitpunkt erbat der Präsident von Angola die Hilfe der kubanischen Truppen. Der Chef unserer Kräfte im Süden, General Leopoldo Cintra Frías, teilte uns die Bitte mit. Unsere Antwort war, dass wir diese Unterstützung leisten würden, wenn sich alle angolischen Kräfte und Mannschaften dieser Front dem kubanischen Befehl im Süden Angolas unterordnen würden. In

sieren, die bei Nacht in breiter Fläche und ausgestattet mit Luftabwehrfahrzeugen marschieren mussten.

Zu diesem Zeitpunkt begannen Nachrichten einzutreffen, dass der Feind zu Verhandlungen bereit war. Es war gelungen, dem imperialistischen und rassistischen Abenteuer ein Ende zu setzen.

Der Imperialismus wird immer mehrere Karten in der Hinterhand behalten, um unsere Insel zu besiegen, und wenn es darum geht, sie zu entvölkern, sie junger Männer und Frauen zu berauben, indem diesen Brosamen der Waren und Ressourcen versprochen werden, die der Welt geraubt werden.

Nun sollen die Sprecher des Imperiums darüber reden, wie und warum die Apartheid entstand.

Übersetzung: Redglobe

ANZEIGEN

Comandante CHE
Biografische Skizze
mit einem Vorwort von Tobias Salin
In neuem Format zum 90. neu herausgebracht - ab Fiesta lieferbar!
ISBN 978-3-95514-035-9 | 10 €
Verlag Wiljo Heinen

ARBEITERLOGIK. Verlag Wiljo Heinen

Fidel vive

Es lebe die Solidarität mit Kuba und seiner Revolution!

Vereinigung Schweiz-Cuba
www.cuba-si.ch

